

EPA 07 www.epa2007.de

09.03.2007

Landwirtschaft
Keine chicken schicken
Seite 2

Patente
Wie Entwicklung behindert wird
Seite 3

Verhandlungen
Intransparent und undemokratisch
Seite 3

Afrika
EPAs – mit Entwicklung nichts zu tun
Seite 4

EDITORIAL

Wenn sich am 12./13. März auf dem Bonner Petersberg die EU-Entwicklungsminister und -innen mit Delegationen aus den afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten treffen, steht ein Thema ganz oben auf der Agenda: die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (englisch abgekürzt: EPAs) zwischen den sogenannten AKP-Ländern und der Europäischen Union.

Über diese Abkommen ist ein Streit zwischen Europa und seinen ehemaligen Kolonien entbrannt. Vereinbart war, dass die EPAs Armut bekämpfen und eine nachhaltige Entwicklung fördern sollen. Regierungen wie zivilgesellschaftliche Organisationen der AKP-Staaten werfen der EU jedoch vor, EPAs zu nutzen, um die afrikanischen Märkte für europäische Exporte zu öffnen.

Die Bundesregierung hat die EPA-Verhandlungen weit oben auf die Agenda der deutschen EU-Ratspräsidentschaft gesetzt. Dies hat bislang jedoch noch nicht dazu geführt, dass die EU den Interessen und Bedürfnissen der AKP-Staaten entgegenkommt. Genau darum muss es aber gehen. Wenn die EU tatsächlich einen Beitrag zu Armutsbekämpfung und Entwicklung leisten will, muss sie sich von wesentlichen Teilen ihrer Forderungen verabschieden.

Welche Auswirkungen EPAs auf die Armen haben, und wie die EU den Herausforderungen in den AKP-Ländern tatsächlich gerecht werden könnte – dazu äußern sich Expertinnen und Experten von Kirchen und Nichtregierungsorganisationen aus Afrika und Europa. Nur wenn wir die gesellschaftliche Debatte über gerechte Beziehungen zu den AKP-Ländern auf eine breitere Grundlage stellen, werden wir Bewegung in die EU-Position bringen.

Die Herausgeber



Teilnehmer des Weltsozialforums demonstrieren in Nairobi am 23.01.07 gegen die EPA-Verhandlungen

Entwicklungspolitisch blind

EPAs und die neue EU-Handelsstrategie

Fit werden für den globalen Wettbewerb – das ist das Ziel der neuen Außenhandelsstrategie, die die EU-Kommission im Herbst letzten Jahres der Öffentlichkeit präsentierte.

Der Titel des Strategiepapiers, „Global Europe“, ist Programm. Es geht darum, wie die globalen Märkte für die Exporte europäischer Konzerne erobert werden können. Dabei wird deutlich, dass bilaterale und regionale Handelsabkommen neben der multilateralen Ebene der Welthandelsorganisation (WTO) für die EU an Bedeutung gewinnen.

Das Ziel ist eine weitere Liberalisierung des Welthandels, insbesondere will die EU ihren Marktzugang bei Dienstleistungen verbessern, das Investitionsrecht zugunsten europäischer Unternehmen liberalisieren, die Regulierung des öffentlichen Beschaffungswesens aufbrechen und den Schutz von geistigen Eigentumsrechten verstärken.

All dies dient, so die EU-Kommission, dem Wohl der europäischen Wirtschaft. An die Folgen in den Zielländern verschwendet man in Brüssel dagegen kaum einen Gedanken. Begriffe wie Armutsbekämpfung, soziale Gerechtigkeit und Förderung einer nachhaltigen Entwicklung in den Ländern des Südens kommen in dem Papier gar nicht oder nur am Rande vor.

Das Angebot der EU-Kommission an ihre Handelspartner besteht vielmehr

darin, auch die EU-Märkte zu öffnen. Deregulierung nationaler Vorschriften, die einen freien Handel behindern und den Interessen der Industrie nach offenen Märkten entgegen stehen, heißt deshalb auch das EU-interne Rezept, um im globalen Kampf um Märkte Vorteile zu erringen.

Dabei ist einkalkuliert, dass als Folge einer solchen internen Liberalisierung viele Bürgerinnen und Bürger in der EU an den sozialen Rand gedrängt werden. Deshalb sieht das Strategiepapier einen Fonds vor, der dazu beitragen soll, soziale Härten abzuschwächen. Ohne diesen Fonds befürchtet die Kommission massiven gesellschaftlichen Widerstand gegen ihr Liberalisierungsprojekt. Immerhin: Während die Armen im Süden leer ausgehen, wird den EU-Bürgern ein Beruhigungsmittel in Aussicht gestellt, um die demokratischen Defizite, die soziale Kälte und die Konzernagenda der Brüsseler Liberalisierungsstrategen besser ertragen zu können.

Entwicklungspolitisch ist die EU-Strategie verheerend. Und obwohl sie behauptet, vor allem auf Schwellenländer zu zielen, gehören die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) mit den afrikanischen, pazifischen und karibischen Staaten offensichtlich zu den ersten Anwendungsfällen.

Michael Frein, Evangelischer Entwicklungsdienst (EED)

Ungerechter Freihandel

Markttöffnung im Vordergrund der EPA-Verhandlungen

Die Verhandlungen der EU mit den Staaten Afrikas, der Karibik und dem Pazifik (AKP) über die sogenannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements, kurz EPAs) laufen auf Hochtouren. Doch vor allem die Interessen der Länder Afrikas drohen auf der Strecke zu bleiben. Nichtregierungsorganisationen in Deutschland, der EU und den AKP-Staaten fordern von der deutschen EU-Rats- und G8-Präsidentschaft nachdrücklich mehr Einsatz für die Entwicklungsinteressen der beteiligten Staaten.

Der in den jetzigen EPA-Verhandlungen zwischen EU-Kommission und AKP-Staaten offen zu Tage tretende Zielkonflikt zwischen nachhaltiger Entwicklungsorientierung und Armutsbekämpfung einerseits und umfassender Liberalisierung andererseits ist bereits im Cotonou-Abkommen aus dem Jahr 2000 angelegt. Demzufolge sind EPAs vorrangig Instrumente zur Entwicklung der AKP-Staaten. Zudem zielen künftige regionale Handelsabkommen aber auch auf die schrittweise Integration der AKP-Staaten in die Weltwirtschaft. Die EU setzt in ihrer Verhandlungsposition besonders darauf, umfassende Freihandelsabkommen, die eine Reihe über die Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) hinausreichende Bereiche enthalten, abzuschließen und damit die Märkte der AKP-Regionen für den eigenen Export weiter zu öffnen. Zu den „WTO-plus“-Themen zählen neben den Bereichen Dienstleistungen und geistiges Eigentum auch die von einer breiten Entwicklungsländerkoalition auf der WTO-Ebene verhinderten Verhandlungen über Investitionen, Wettbewerb und öffentliches Auftragswesen. Die AKP-Staaten ihrerseits fordern Abkommen mit der EU, die ihren nationalen und regionalen Entwicklungsstrategien gerecht werden, regionale Integration und Kooperation über eine weitere Markttöffnung gegenüber der EU stellen und die zur strukturellen Transformation ihrer Volkswirtschaften nötigen finanziellen und institutionellen Kapazitäten schaffen.

Handelsliberalisierung kontra Entwicklung

Doch ob Freihandelsabkommen zwischen einem der mächtigsten Wirtschaftsböcke und einigen der ärmsten Länder der Welt der Königsweg zur Entwicklung Afrikas sind, ist höchst umstritten. So kam kürzlich ein von der UN-Wirtschaftskommission für Afrika (UNECA) in Auftrag gegebener Bericht über den Stand der Verhandlungen zu dem Schluss, dass keine der vier EPA-Regionen auf dem Kontinent bis zum anvisierten Ende der Verhandlungen im Dezember 2007 in der Lage sein dürfte, Abkommen abzuschließen, die ihren langfristigen Entwicklungsperspektiven gerecht würden. Hauptstreitpunkte: Die mit der Abschaffung der Handelszölle verbundenen Einnahmeverluste und die möglichen Folgen einer „WTO-plus“-Liberalisierung. Negative Konsequenzen werden besonders für arme und benachteiligte Bevölkerungsgruppen erwartet. Der kenianische Handelsminister Mulkhisa Kituyi verurteilte den Zwang, der EU weitreichendere Zugeständnisse zu machen als dem Rest der Welt, deut-

lich: „Um Armut Geschichte werden zu lassen, müssen wir auch EPAs zur Geschichte machen.“

Mehr als 200 entwicklungspolitische Organisationen aus elf europäischen Ländern fordern die derzeitige EU-Ratspräsidentin, Bundeskanzlerin Angela Merkel, auf Alternativen zu bieten, die die Positionen der afrikanischen Staaten respektieren, sie nicht zu weiteren Markttöffnungen zwingen, den regionalen Integrationsprozessen Vorrang einräumen und ihre politischen Handlungsspielräume für eine eigenständige Entwicklung nicht noch weiter beschränken. Widerstand gegen die EPAs regt sich aber auch in weiten Teilen der Zivilgesellschaft im globalen Süden. So waren entwicklungsalternativen ein zentrales Thema des diesjährigen Weltsozialforums in Nairobi. Mehrere tausend Demonstranten forderten vor der EU-Vertretung den sofortigen Abbruch der EPA-Verhandlungen.

Klaus Schilder, Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung (WEED)

Stichwort Cotonou

Das Cotonou-Partnerschaftsabkommen zwischen 79 afrikanischen, pazifischen und karibischen Staaten der AKP-Gruppe und den Mitgliedsstaaten der EU wurde im Juni 2000 in Cotonou, der Hauptstadt Benins, unterzeichnet. Das Nachfolgeabkommen der Lomé-Verträge (1975-2000) regelt bis 2020 die Beziehungen zwischen EU und AKP-Staaten. Es hat drei Säulen: Politischer Dialog, Zusammenarbeit in Wirtschaft und Handel und die finanzielle Kooperation, vornehmlich in Gestalt des Europäischen Entwicklungsfonds.

Der politische Dialog umfasst Themen wie Frieden und Sicherheit, Waffenhandel und Migration. Verantwortungsvolle Staatsführung gilt als fundamentales Element für die finanzielle Kooperation.

Darüber hinaus wurde vereinbart, dass in den Handelsbeziehungen die AKP-Staaten nicht länger einseitige Präferenzen genießen sollen, sondern ein mit den Regeln der Welthandelsorganisation kompatibles Freihandelsabkommen ausgehandelt werden soll. Damit wurde ein Paradigmenwechsel vollzogen: Die EU soll ihre Märkte künftig nicht mehr einseitig für die AKP-Länder öffnen, diese sollen der EU grundsätzlich gleichen Marktzugang zusichern. Diese Vereinbarung hat – auf maßgeblichen Druck der EU – die Form der gegenwärtig verhandelten sechs regionalen EPAs angenommen.

Theo Kneifel, Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika, KASA

→ Eine E-mail an die Kanzlerin!

Schreiben Sie, dass Sie nicht einverstanden sind. Aus ganz Europa erhält die EU-Ratspräsidentin Angela Merkel die Botschaft: Nicht Markttöffnung für europäische Exporte, sondern Entwicklung in den AKP-Ländern – das müssen EPAs leisten.

Beteiligen Sie sich! Nähere Informationen unter www.epa2007.de



Keine chicken schicken!

Hühnerfleisch, das bei uns mindestens 1,80 Euro pro kg kostet, wird in Afrika zu Schleuderpreisen von 0,60 Euro verkauft. Dieses Verramschen passiert zunehmend, ohne dass Subventionen nötig wären. Afrika wird mit billigen Lebensmitteln überschwemmt, die bei uns aus Überfluss oder Qualitätsgründen keinen Absatz mehr finden. Den afrikanischen Bauernfamilien wird durch dieses Dumping ihre Lebensgrundlage entzogen: Gegen billige Entsorgung kann auch eine noch so wettbewerbsfähige Landwirtschaft nicht konkurrieren.

Die EU und die europäische Fleischwirtschaft wollen keine Verantwortung übernehmen. Nicht einmal für die Tatsache, dass durch die in Afrika nicht funktionierenden Kühlketten Lebensmittelvergiftungen drohen. Rein rechtlich endet die Verantwortung der europäischen Exporteure an der Kaimauer unserer Häfen. Zynisch wertete die EU-Kommission die Fleischexporte als hervorragende Chance für die Bevölkerung Afrikas, ihrem Mangel an Proteinen zu begegnen.

Die afrikanischen Regierungen tun sich schwer, Maßnahmen gegen diese destruktiven Importe zu ergreifen. Sie haben sich bei der WTO und dem Internationalen Währungsfonds verpflichtet, ihre Zölle nicht zu erhöhen, auch nicht zum Schutz der eigenen Märkte. Jährliche Importsteigerungen von 100% bis 400% seit 1998 zeigen, dass die existierenden Zölle von

höchstens 20% die Kleinbauern kaum vor Dumpingangeboten schützen können. Diesen Zoll zahlen die Importeure mit Leichtigkeit, denn auf keinem afrikanischen Markt liegt der Kilopreis für das lokal produzierte Huhn unter 2,30 Euro.

Einige NGOs und Bauernorganisationen, so ACDIC in Kamerun, verstärken durch viele Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit den politischen Druck auf ihre Regierungen. Sie wollen erreichen, dass ihre Häfen für solche Importe endlich dicht gemacht werden. Nigeria ist der Vorreiter, dort hat die Regierung den Import von Billighühnchen kurzerhand verboten. Kamerun, Senegal und die Elfenbeinküste haben ähnliche Maßnahmen ergriffen. Andere, wie Ghana und die DR Kongo, begründen ihre Untätig-

keit mit dem massiven internationalen Druck zum Freihandel.

Durch EPAs würden die Erfolge, die afrikanische Organisationen jetzt ihren Regierungen bei der Eindämmung der Billigimporte abgetrotzt haben, wieder zunichte gemacht. Bereits heute – auch ohne EPAs – haben die Kleinbauern kaum Chancen, sich gegen Ramschprodukte aus der EU zu wehren. Was soll erst geschehen, wenn die afrikanischen Länder ihre Zölle für Importe aus der EU noch weiter senken müssen?

Francisco Mari, „Keine Chicken schicken“, gemeinsames Projekt des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) und des niederländischen protestantischen Hilfswerks ICCO



„Die EU hat nie Verantwortung übernommen“



Jakob Kotcho

Der Kampf gegen billige EU-Hühnchenimporte – damit begann die Arbeit von ACDIC, der Bürgerbewegung zur Verteidigung kollektiver Interessen in Kamerun. Heute kämpft ACDIC gegen EPAs und für die Interessen der Kleinbauern. Francisco Mari (EED) sprach mit dem ACDIC-Mitarbeiter Jakob Kotcho.

Frage: ACDIC hat nach den Erfolgen gegen die Hähnchenimporte in Kamerun nun eine Kampagne für Ernährungssouveränität gestartet. Warum sind die billigen Importe von Nahrungsmitteln eine Gefahr für die Landwirtschaft in Kamerun?

Jakob Kotcho: Wir haben aus der „Hähnchenkampagne“ gelernt, dass es ökonomisch und sozial mehr Sinn macht, unsere Ernährung auf lokale Produkte zu konzentrieren. Sicher, gerade in den Städten profitieren Verbraucher von Billigtomaten, Billigzwiebeln oder gar Sojaöl aus Europa. Das war schon bei den Hähnchen so. Aber warum können sie sich die lokalen Produkte nicht leisten? Ganz einfach: Vor allem die Jugendlichen wandern in die Städte ab, weil sich in ihren Dörfern Landwirtschaft nicht mehr lohnt! Der vermeintliche Vorteil von billiger Nahrung ist die Ursache für den Ruin unserer Landwirtschaft.

ACDIC hat in den letzten Jahren sehr viele Erfahrungen mit der Europäischen Union sammeln können. Dies hat dazu geführt, dass ACDIC die vorgeschlagenen Wirtschaftsabkommen (EPAs) in ihrer jetzigen Form radikal ablehnt. Warum?

Die EU hat nie Verantwortung übernommen für die massiven ökonomischen und gesundheitlichen Folgen der Fleischexporte in unser Land. Also haben wir unsere Landwirtschaft unterstützt und

unsere Regierung unter Druck gesetzt, damit sie unsere Märkte vor unfairen Agrarimporten schützt. Nun kommt die EU und will genau das verhindern – angeblich zu unserem Vorteil. Mehr Exporte, die EPAs wären eine Jobmaschine für die Landwirtschaft, verspricht die EU. Genau das Gegenteil ist der Fall. Seit Jahrzehnten produzieren wir in Kamerun Bananen, Kaffee, Kakao, Palmöl, Bohnen, Ananas, Tee, etc. für die europäischen Märkte. Was bringt uns das? Technisierte Großplantagen mit wenigen Landarbeitern, die nur ein Taschengeld verdienen. Der Bananenanbau etwa bringt ca. 5.000 Arbeitsplätze. Durch die Geflügelimporte haben wir 110.000 Arbeitsplätze verloren. Wo ist also der Vorteil?

Wie steht es aber um die regionale Integration? Ist das nicht ein zukünftiger Vorteil, in die Nachbarländer exportieren zu können?

Ja, natürlich. Aber das geschieht schon. Mangos nach Gabun, Rindfleisch in den Tschad. Fisch aus Nigeria, etc. Aber wir brauchen Zeit. Wenn wir alle gezwungen werden, sofort untereinander die Zollschranken aufzuheben, wäre das katastrophal. Gabun zum Beispiel produziert kaum Fleisch, also hat das Land ein Interesse an niedrigen Zöllen. Wir wollen unsere Geflügelhalter schützen und brauchen hohe Außenzölle. Wie sollen wir das einen gemeinsamen Zoll vereinbaren?

Die EU ist doch aber bereit, bei EPAs Übergangsfristen zu gewähren und Einzelprodukte für eine gewisse Zeit aus der Liberalisierung auszunehmen. Wäre das ein Weg?

Wer bestimmt aber darüber, wie lange welche Produkte geschützt bleiben? Wieso zwingt uns die EU schon jetzt, darüber zu entscheiden, welche Produkte, wie und für wie lange geschützt werden? Wir haben doch erfahren, wie schnell aus der EU auf einmal Überschüsse auf unsere Märkten landen, die unsere Bemühungen um eine Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion wieder zunichte machen. Nein, wir wollen uns nicht schon heute zwingen lassen zu bestimmen, wie die Zukunft nach EU-Regeln aussehen soll. Das sind unfaire Verhandlungen, die höchstens dem Agrobusiness in Europa und ihren Vertretern in unseren Ländern nützen.

Wenn der Hunger kommt ...?

Mehr als 90% der Menschen in den AKP-Ländern (Afrika, Karibik, Pazifik) leben in Afrika. Davon sind über ein Drittel unterernährt. Ungefähr 60% leben von der Lebensmittelproduktion.

Hungerkatastrophen sind in Afrika keine Seltenheit: 2005 gab es eine Krise in Westafrika, 2006 in Ostafrika und 2005/06 im südlichen Afrika. Häufig ist die einheimische Lebensmittelproduktion zu gering. Zum Beispiel in Westafrika, wo es in der Region nicht genügend Getreide gab. Oder im südlichen Afrika, wo Millionen von armen Bauern selbst in guten Regenjahren nur eine bescheidene Ernte einfahren. Chronische Ernährungsunsicherheit hat nicht nur mit dem fehlenden Zugang zu Land, Saatgut und Krediten für Kleinbauern oder mit Dürren zu tun, sondern auch mit Handelsregeln.

Die Freihandelsabkommen, die im Moment zwischen der EU und den AKP-Ländern ausgehandelt werden, drohen die Lebensgrundlagen von Millionen Menschen zu gefährden.

Erfahrungen mit der Öffnung der Märkte machen deutlich, wie wichtig der Zollschutz für die Sicherung der einheimischen Lebensmittelproduktion, der Existenzgrundlagen von Kleinbauern und der im Aufbau befindlichen Ernährungsindustrie ist. In Jamaika ist der Milchmarkt in den letzten 15 Jahren geradezu kollabiert. Mehr als 50% der Milchbauern mussten ihre Kühe verkaufen, weil steigende Milchimporte ihre Produkte vom Markt verdrängten. Als die Zölle gesenkt wurden, stieg in Ghana der Import von Tomaten bis 2003 um 650%. Einheimische Tomatenverarbeiter konn-

ten nicht mit den subventionierten Produkten aus Italien konkurrieren und mussten schließen. Die Bauern in Ghana verloren ihre Absatzmärkte.

In Kenia kämpften die Kleinbauern damit, dass subventionierte EU-Getreideexporte nach Ägypten allem Anschein nach als Mehl zu sehr niedrigen Preisen auf ihren Märkten landeten. Sie blieben auf ihrem Getreide sitzen, weil in diesem Fall kein Zollschutz existierte.

Wenn die AKP-Länder auf Druck der EU ihre Märkte weiter öffnen müssen, hat die kleinbäuerliche Produktion und die Ernährungsindustrie keine Chance. Der „Hunger“ steckt in den Freihandelsabkommen.

Marita Wiggerthale, Oxfam Deutschland

Vorwärts im Kampf zum Stopp der EPAs!

Auszüge aus der EPA-Erklärung des African Trade Networks vom 14.12.2006

„2. Wir unterstreichen das Vorrecht unserer Regierungen, selbstbestimmt eine Politik zu gestalten, die unsere Wirtschaft entwickelt und zur Durchsetzung der sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechte und Sicherung der Lebensgrundlagen unserer Bürger beiträgt. Wir unterstreichen die Bedeutung, die eine eigenverantwortete regionale und afrikaweite Integration unserer Staaten für die Entwicklung unserer Gesellschaften besitzt.“

12. [...] Die EPA-Verhandlungen zielen auf nicht weniger als verschärfte Freihandelsabkommen zwischen Europa und den schwachen AKP-Regionen, die eine gegenseitige Markttöffnung mit der Deregulierung des Investitionsregimes zum Nutzen von Investoren aus der EU koplein.

13. Aus diesem Grund unterstreichen wir unsere Ablehnung der EPAs und betonen erneut die von uns in der StopEPA-Kampagne erhobenen Forderungen.

14. Wir glauben, dass EPAs als Freihandelsabkommen zwischen zwei ungleichen Parteien grundsätzlich entwicklungs-schädlich sind. [...] Dieses Problem kann nicht durch das Einfügen einer Entwicklungsdimension in diese Freihandelsabkommen gelöst werden, die den Gefahren nicht gerecht wird.

15. [...] Wir verlangen daher [...] die Überprüfung und Reform der neoliberalen EU-Außenhandelspolitik [...] und fordern, die Handelskooperation der EU mit den AKP-Staaten auf den folgenden Prinzipien aufzubauen:

– dem Prinzip der Nicht-Gegenseitigkeit, wie es in der Sonder- und Vorzugsbehandlung [...] der WTO festgelegt ist.
– dem Schutz der heimischen und regionalen Märkte der AKP-Produzenten.

– der Absage an die weitere Liberalisierung von Handel und Investitionen.
– dem Respekt und der Unterstützung für die [politischen] Spielräume der AKP-Staaten, ihre eigene Entwicklungsstrategien zu formulieren und umzusetzen. [...]

21. Als Teil der Zivilgesellschaft verpflichten wir uns zur Stärkung unserer afrikaweiten Solidarität und Zusammenarbeit und zum Ausbau unserer Beziehungen zu all denjenigen, die in Afrika, der Karibik, dem Pazifik und in Europa den Kampf zum Stopp der EPAs führen.“

Das African Trade Network (ATN) wurde 1998 von handels- und investitions-politisch interessierten NGOs in Afrika gegründet. Es umfasst derzeit 25 Mitgliedsorganisationen aus 15 afrikanischen Staaten. Koordiniert wird die Arbeit durch ein kleines Sekretariat beim Third World Network in Accra, Ghana. Weitere Informationen zur Arbeit von ATN und der Text der Erklärung unter www.twnafrica.org/atn.asp

Kirchen setzen sich für gerechte Handelsbedingungen ein

Kirchenvertreter aus ganz Afrika trafen sich am Rande des Weltsozialforums im Januar in Nairobi, um über ihre Zusammenarbeit zu den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) zu beraten.

Die Teilnehmer des Treffens, unter ihnen Bischöfe aus Simbabwe und Kenia, beklagten die verfehlte Stoßrichtung der EPA-Verhandlungen. Entgegen den Vereinbarungen im Cotonou-Partnerschaftsabkommen, das klare Entwicklungsziele setzte, zielten die EPA-Verhandlungen auf reine Freihandelsverträge ab, die dem Ausverkauf von Afrikas Ressourcen Vorschub leisteten. Einigkeit herrschte darüber, dass die Abkommen, die zwischen afrikanischen Ländern und der EU abgeschlossen werden sollen, die Armut verschärfen würden statt sie zu lindern. Die Armen in Afrika, so der Tenor, würden die Rechnung für die EPAs zahlen müssen, während die Gewinner im reichen Europa saßen.

Ausdrücklich wurde die Verantwortung der Kirchen in Afrika und in Europa für gerechte Handelsbeziehungen betont. Damit die Stimmen der afrikanischen Kirchen bis nach Deutschland und Europa hörbar werden, haben Brot für die Welt und der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) einige Bischöfe nach Deutschland eingeladen. Sie wollen bei der Bundesregierung Wirtschaftsabkommen einfordern, die den Namen Partnerschaft auch wirklich verdienen.

Alexandra Burmann, Brot für die Welt und Evangelischer Entwicklungsdienst (EED)

Kenia: EPAs schaden Armutsbekämpfung und Entwicklung

Handel sollte den Menschen dienen – nicht umgekehrt. Auch für die Verhandlungen zu den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) zwischen der EU und den AKP-Staaten muss das Prinzip gelten, dass Handelspolitik die Lebensbedingungen der Menschen verbessern soll.

Auf den ersten Blick scheint das auch der Fall zu sein: Die EPA-Verhandlungen, so ist es vereinbart, zielen auf Armutsreduzierung und nachhaltige Entwicklung durch regionale Integration der AKP-Länder und eine Liberalisierung des Handels innerhalb der sechs afrikanischen, karibischen und pazifischen Regionen, die gebildet wurden.

Die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus. Beispiel Kenia: Folgen der in den 1970er Jahren einsetzenden Liberalisierung sind wirtschaftliche Stagnation, Deindustrialisierung, Rückgang der Agrarproduktion und ein massiver Verlust von Arbeitsplätzen. Anstatt aus dieser Entwicklung nun die richtigen Lehren zu ziehen, hält die EU bei den EPA-Verhand-

lungen unbeirrt an ihrem Glauben fest, dass Handelsliberalisierung und härterer Wettbewerb die kenianische Wirtschaft effizienter machen würden. Das ist jedoch nicht der Fall: statt effizienter zu werden, gehen die Unternehmen angesichts des Wettbewerbs gegen die überlegene internationale Konkurrenz unter.

Zurzeit versucht Kenia das produzierende Gewerbe wieder zu stärken, etwa im Leder-, Textil- und Bausektor. Diese Bereiche haben in der Vergangenheit bereits unter Liberalisierungsmaßnahmen gelitten und wären nun leicht verwundbar, wenn sie dem harten Wettbewerb ausgesetzt würden. Genau dieses würde mit EPAs passieren: Kenias Industrie würde in direkter Konkurrenz zu wettbewerbsstarken EU-Exporteuren stehen – und zwar sowohl auf den heimischen als auch auf den regionalen Märkten. Verstärkter Wettbewerb mit der EU würde es für Kenia wesentlich schwieriger machen, regionale Integration als ein Sprungbrett für Entwicklung und Armutsbekämpfung zu nutzen.

Viele Menschen in Kenia bestreiten ihren Lebensunterhalt im informellen Sektor, z.B. als Metallarbeiter, Mechaniker oder Tischler. Diese Menschen werden die Auswirkungen des Wettbewerbs mit der hocheffizienten europäischen Industrie zuerst spüren. Dass ein EPA dazu führt, dass kleinere und mittlere Unternehmen lange genug überleben werden, um zu einem Wachstumsmotor für die kenianische Wirtschaft zu werden, ist auch nicht zu erwarten.

Deshalb ist Liberalisierung das falsche Konzept. Kenia benötigt Zugang zu den Märkten der EU, gleichzeitig aber auch den Schutz der heimischen Produzenten und regionalen Märkte. Um dies zu gewährleisten, muss die EU den AKP-Ländern genügend außenhandelspolitischen Spielraum für ihre jeweiligen nationalen Entwicklungsstrategien zugestehen. Das wäre der Rahmen für eine Handelspolitik, die den Menschen dient.

Rebecca Tanui arbeitet für BEACON, eine kirchliche Beratungsstelle in Kenia



Produzenten auf dem Blechmarkt Kamukunji in Nairobi sind durch billige Importe gefährdet

Expansion mit neuen Rechtsmitteln Singapur-Themen überfordern Entwicklungsländer

Wettbewerbspolitik, Investitionsliberalisierung, öffentliches Beschaffungswesen und administrative Handelserleichterungen – Verhandlungen zu diesen vier Themen wurden seit der WTO-Ministerkonferenz 1996 in Singapur von der Mehrzahl der Entwicklungsländer abgelehnt. Dies geschah aus drei Gründen: zum einen laufen lokale Unternehmen Gefahr, benachteiligt zu werden; zum anderen verfügen Entwicklungsländer nicht über die erforderlichen Kapazitäten, um die Auswirkungen solcher Abkommen auf ihre Ökonomien ausreichend zu analysieren; und drittens würden zusätzliche Abkommen den Entwicklungsländern enorme Anstrengungen zur nationalen Umsetzung abverlangen – eine Aufgabe, die gerade die ärmsten Länder bereits jetzt zu überfordern droht.

Bei der Ministerkonferenz 2003 im mexikanischen Cancún gelang es den Entwicklungsländern, die Singapur-Themen von der Tagesordnung der WTO-Verhandlungen zu streichen. Die Forderung der EU, diese Themen nun im EPA-Kontext neu zu beleben, wird von den afrikanischen, karibischen und pazifischen Ländern (AKP) als Versuch gewertet, sie durch die Hintertür wieder

auf den Verhandlungstisch zu bringen und so den Widerstand der AKP-Länder gegen die neuen Liberalisierungsanstrengungen zu brechen.

Die EU hat ein massives Interesse an diesen Fragen. In Bezug auf Wettbewerbspolitik will sie erreichen, dass der Marktzugang europäischer Unternehmen nicht an nationalen Kartellen oder staatlichen Maßnahmen, die einheimischen Unternehmen einen Wettbewerbsvorteil sichern, scheitert.

Ähnlich bei Investitionen: dort drängt die EU auf eine Rahmenvereinbarung, die – wie es auch in der WTO beabsichtigt war – vom Prinzip der Inländerbehandlung ausgeht, das heißt ausländische Investoren dürfen nicht schlechter behandelt werden als einheimische. Damit wäre den AKP-Staaten künftig verboten, ihre einheimischen Unternehmen zu bevorzugen, um Produktion und Beschäftigung vor Ort zu fördern.

Vergleichbare Konsequenzen sind für das öffentliche Beschaffungswesen absehbar. Hier geht es der EU zunächst um volle Transparenz auf allen Verwaltungsebenen, danach um Marktzugang. Europäische Unternehmen sollen sich gleichberechtigt neben einheimischen um

öffentliche Aufträge bewerben können. Auch hier könnten die AKP-Staaten den Aufbau nationaler Produktionskapazitäten künftig nicht mehr aktiv unterstützen, mit entsprechend negativen Konsequenzen für lokale Produzenten.

Mit Blick auf administrative Handelserleichterungen drängt die EU darauf, Zollformalitäten abzubauen. Für die armen Länder kann dies bedeuten, dass sie die höchsten internationalen Standards erfüllen müssen, ohne über die dafür erforderlichen Erfahrungen und finanziellen Mittel zu verfügen.

Schlussendlich sind all diese Abkommen aus AKP-Sicht überflüssig und schädlich. Verhandlungen hierzu sollten im Rahmen der EPAs erst gar nicht aufgenommen werden. Es gibt keinen Grund zu der Annahme, dass die AKP-Länder die Singapur-Themen im WTO-Kontext ablehnten, um sie bei den EPAs nun zu verhandeln. Das sollte auch die EU respektieren.

Oduor Ong'wen,
Süd- und Ostafrikanisches Institut
für Handelsinformationen und
-verhandlungen (SEATINI)

„Intransparent und undemokratisch“

Gyekye Tanoh ist Mitarbeiter von Third World Network Africa mit Sitz in Accra (Ghana) und im African Trade Network aktiv. Er begleitet die EPA-Verhandlungen seit Jahren sehr eng. Klaus Schilder (WEED) und Michael Frein (EED) sprachen mit ihm über Demokratie und Transparenz im EPA-Verhandlungsprozess.

Frage: Wie demokratisch sind die EPA-Verhandlungen aus afrikanischer Sicht?

Gyekye Tanoh: Die Verhandlungen sind extrem intransparent und undemokratisch. Der Überprüfungsprozess, bei dem es um die entwicklungspolitischen Auswirkungen des bislang erreichten Verhandlungsstandes geht, verläuft beispielsweise völlig losgelöst vom eigentlichen Verhandlungsgeschehen. Der Grund ist, dass die EU diese Überprüfung möglichst



Gyekye Tanoh

kleinkochen will. Also schiebt man das in irgendeine bedeutungslose Arbeitsgruppe, von der kaum jemand Notiz nimmt.

Wie sieht es in den einzelnen afrikanischen Ländern aus?

Nicht besser. Die Parlamente sind in praktisch allen afrikanischen Ländern so gut wie nicht beteiligt. Ich weiß beispielsweise von keinem Land, in dem das Parlament von der Regierung offiziell über den Verhandlungsstand informiert wurde. Diese Aufgabe haben praktisch die NGOs übernommen. Es gab auch nirgends Konsultationen der Regierungen mit nationalen Interessengruppen, also NGOs, Produzenten oder Gewerkschaften.

Manchmal wird es skurril, wenn Menschen offensichtlich instrumentalisiert werden. Bei einer Demonstration in der kenianischen Hauptstadt Nairobi beispielsweise zauberte die EU-Vertretung plötzlich einen Blumenproduzenten her-

Mission Impossible

Wie geistige Eigentumsrechte Innovation und Entwicklung behindern

Geistiges Eigentum fördere Innovation und den Aufbau technologisch zeitgemäßer Industrien, indem es exklusive Nutzungs- und Verkaufsrechte für Erfindungen bereitstellt – so das gängige Argument für striktere Regeln in diesem Bereich. Doch mit der Forderung nach Vereinbarungen zum geistigen Eigentum – die im Cotonou-Abkommen übrigens nicht zwingend vorgesehen sind – will die Europäische Union auch in den Ländern Afrikas, der Karibik und des pazifischen Raums (AKP) eine bessere Startposition für EU-Unternehmen durchsetzen.

Ob geistige Eigentumsrechte tatsächlich zu technologischen Innovationen und sozialer Entwicklung in den armen Ländern beitragen, ist nämlich fraglich: Schaut man sich die möglichen Kosten einer Patentanmeldung an, sind schon diese bis zu 30.000 US-Dollar prohibitiv hoch für mittlere Unternehmen in Entwicklungsländern. Aber im Gegensatz zu europäischen Konzernen wird es ihnen besonders schwer fallen, bis zu einer Million US-Dollar für die gerichtliche Durchsetzung eines Patents aufzubringen. Vor diesem Hintergrund ist unschwer zu erkennen, dass europäische Unternehmen wieder einmal den Vorzug genießen, wenn es um die Durchsetzung von Patenten, Urheberrechten oder geographischen Herkunftsangaben geht. Viel schwerer wiegt jedoch, dass Innovation

vor allem durch Lernen von anderen und den Austausch von Wissen gefördert wird – und dies wird mit zunehmendem Schutz geistigen Eigentums unterbunden. Selbst in Industrieländern wie der Schweiz wurden Patente auf Medikamenten erst nach 1970 eingeführt.

Die EU-Forderungen in den EPA-Verhandlungen gehen nicht nur in einigen Bereichen über die Mindestanforderungen des WTO-Abkommens zu handelsbezogenen Aspekten des geistigen Eigentums (TRIPS) hinaus. Vielmehr könnten sie verheerende Auswirkungen auf den Zugang zu Medikamenten und Saatgut und zu Bildungsmaterialien haben.

Ein Freihandelsabkommen zwischen Kolumbien und den USA zum Beispiel, das Kolumbien zum Ausbau geistiger Eigentumsrechte verpflichtet, könnte wegen der höheren Medikamentenpreise die über Gesundheitszentren verteilten Arzneien um 40 Prozent verringern. Das entspricht in etwa den Ausgaben des öffentlichen Gesundheitssystems für 5,2 Millionen Menschen.

Solche Beispiele zeigen, dass die AKP-Staaten gut daran täten, darauf zu bestehen, dass sie keinerlei Verpflichtung haben, bilaterale Abkommen zum geistigen Eigentum zu verhandeln.

Corinna Heineke, Oxfam Deutschland

vor, der erklärte, wie wichtig die EPA-Verhandlungen für sein Land seien.

Welche Ansätze gibt es, diesen Zustand zu verbessern?

Innerhalb der Verhandlungen sollte die EU die Vorschläge aus den AKP-Staaten endlich ernst nehmen und sie nicht länger ignorieren oder in bedeutungslose Arbeitsgruppen verweisen. Das gilt besonders für die Ergebnisse des Überprüfungsprozesses.

Die Partizipation der Interessengruppen in den afrikanischen Ländern muss auch verbessert werden. Wir brauchen eine breite gesellschaftliche Debatte über das, was uns da bevorsteht.

Und natürlich müssen die Parlamente beteiligt werden. Wir fordern, dass die afrikanischen Parlamente die EPAs letzt-

lich ratifizieren müssen. Dazu müssen sie jetzt aber auch beteiligt werden, damit sie nicht nur am Schluss zu allem Ja und Amen sagen. Parlamente müssen Teil des Verhandlungsprozesses werden.

Und was können wir in Europa tun, um eine Demokratisierung des Verhandlungsprozesses zu unterstützen?

Die NGOs in Europa sollten immer wieder auf den Mangel an Demokratie und Transparenz in den EPA-Verhandlungen aufmerksam machen. Und sie sollten die afrikanischen NGOs unterstützen, ihre Rolle gegenüber der eigenen Regierung auszufüllen. Was die Europäer aber nicht tun sollten, ist, selbst Lobbyarbeit gegenüber unseren Regierungen zu machen. Sie sollten akzeptieren, dass das unsere Aufgabe ist.

EPAs-Kampagne in Großbritannien

Ende 2004 starteten britische NGOs ihre EPAs-Kampagne. Damals arbeitete zu diesem Thema nur ein einziger Staatsbeamter, die Aufmerksamkeit in Regierung und Parlament war denkbar gering.

Im März 2005 reagierte die Blair-Regierung. Dank öffentlichen Drucks gab sie eine Erklärung heraus, die sich weithin mit den Forderungen der NGO-Kampagne deckte. Wichtigster Punkt: "Wir werden Entwicklungsländer weder durch Verhandlungen noch durch Konditionierung der Entwicklungshilfe zur Handelsliberalisierung zwingen."

Die Herausforderung für die Regierung bestand nun darin, dies in die Praxis umzusetzen und bei den anderen EU-Regierungen durchzusetzen. Darauf wartete die NGO-Kampagne nicht, sie trug ihre Forderungen in andere EU-Länder.

Im Frühling 2006 wurde Finnland überschwemmt. Im Vorfeld der finnischen EU-Ratspräsidentschaft gingen, in Kooperation mit dem finnischen Dachverband KEPA und dem protestantischen Hilfswerk Finn-ChurchAid, mehr als 10.000 Postkarten an die Handels- und Entwicklungsminister des Landes.

Jetzt richten sich alle Augen auf Deutschland! Ende 2006 erkannten britische NGOs die einzigartige Gelegenheit der deutschen Doppelpräsidentschaft, EU und G8. Nun gehen, diesmal in Abstimmung mit den deutschen NGOs, tausende Postkarten an Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Afrika nicht in Armut einschließen! Am 19. April werden die NGOs in vielen afrikanischen und europäischen Ländern Deutschland erneut in den Blick nehmen. Wir fordern Deutschland auf, seinen Einfluss zu nutzen, damit unfaire Handelsvereinbarungen mit Entwicklungsländern nicht zustande kommen. Das Ziel in Großbritannien ist die deutsche Botschaft in London. Hunderte von Aktiven werden Schlüssel mitbringen – die klare Botschaft ist: Afrika nicht in Armut einschließen!



Weitere Informationen: http://www.pressureworks.org/dosomething/act/240107_key.html

Martin Gordon, Christian Aid, London

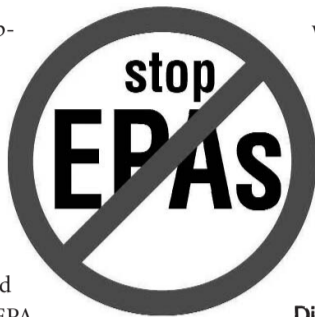
Stoppt EPAs!

Keine freie Fahrt für EU-Freihandel!

Die internationale Stop-EPA-Kampagne wurde auf Initiative afrikanischer zivilgesellschaftlicher Gruppen im Oktober 2004 auf dem europäischen Sozialforum in London öffentlich lanciert. In Deutschland formierte sich die StopEPA-Kampagne im Mai 2005. Sie lehnt die EPAs in ihrer gegenwärtigen Form ab, weil sie die Entwicklungschancen der allermeisten AKP-Länder eher gefährden als fördern.

Der Zug fährt mit überhöhter Geschwindigkeit!

Ein im Februar 2007 veröffentlichter Bericht der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Afrika, der von den Handelsministern der Afrikanischen Union bestätigt wurde, kommt zu dem Ergebnis, dass keine der vier Regionen Afrikas über ausreichende Informationen verfügt oder genügend vorbereitet ist, um rechtzeitig innerhalb der offiziellen Frist bis zum 31. Dezember 2007 die EPAs abschließen zu können. Daher fordern



wir eine Verlängerung des Verhandlungszeitraumes und eine Gewährleistung der EU, dass die AKP-Länder hierdurch keine handelspolitischen Nachteile erleiden.

Die Fahrpläne sind nicht abgestimmt!

Viele kleinere AKP-Länder sind damit überfordert, komplexe Verhandlungen auf mindestens drei verschiedenen Ebenen führen zu müssen, deren Fahrpläne nicht miteinander abgestimmt sind. Neben den jetzt ausgesetzten WTO-Verhandlungen und den Cotonou-Verhandlungen mit der EU laufen gleichzeitig ähnliche Gespräche mit den USA, mit ostasiatischen Staaten sowie mit Nachbarländern der Region im Kontext regionaler Integrationsbestrebungen. Die EU besteht darauf, von den AKP-Staaten auf WTO-Ebene bereits abgelehnte Themen wie Investitionen, Wettbewerb und öffentliche Beschaffung in die EPA-Verhandlungen einzubeziehen. Wir fordern von der EU, auf diese Verhandlungsthe-

men zu verzichten und keinen weiteren Druck auf die AKP-Staaten auszuüben, über die WTO hinausgehende Verpflichtungen, insbesondere bei geistigen Eigentumsrechten und dem Dienstleistungshandel, einzugehen.

Die Fahrtrichtung stimmt nicht!

EPAs verfehlen das von der EU immer wieder beschworene Ziel, dass das Cotonou-Abkommen ein umfassendes Entwicklungsabkommen sein soll, da die eingebaute Freihandelspolitik die anvisierten Entwicklungsziele ständig konterkariert. Die übermächtige Konkurrenz der EU wird zur Zerstörung lokaler Märkte führen. Autonome Ansätze regionaler Integration werden durch den Freihandel mit der EU unterminiert. Die für die AKP-Staaten im Vergleich zur EU höheren Anpassungskosten und die daraus resultierenden geringeren Staatseinnahmen, sowie die von der EU geforderten Privatisierungen im öffentlichen Sektor reduzieren die ohnehin schon durch Strukturanpassungsmaßnahmen geschwächte politische, wirtschaftliche und soziale Steuerungsfähigkeit der jeweiligen Regierungen weiter.



Weltsozialforum: Proteste gegen EPAs

Kommentar

EPAs: Mit Entwicklung nichts zu tun

Offensichtlich stimmen die afrikanischen, pazifischen und karibischen Staaten mit der EU darin überein, dass es bei EPAs um Entwicklung geht. Tatsächlich sagt das Cotonou-Abkommen in aller Deutlichkeit, dass EPAs die Entwicklung der AKP-Staaten fördern sollen.

Damit hört die Übereinstimmung aber auch auf. Das, was die Europäer unter Entwicklung verstehen, unterscheidet sich erheblich von dem, was Afrikaner mit diesem Begriff verbinden. Für die EU heißt Entwicklung offenbar die nahezu vollständige Liberalisierung des Handels. Es heißt, die ärmsten Länder dazu zu zwingen, ihre Märkte für den größten Handelsblock der Welt zu öffnen, auch in solchen Bereichen, die die AKP-Länder in der WTO bereits abgelehnt haben, wie etwa öffentliches Beschaffungswesen, Wettbewerb und Investitionen.

Obwohl das Cotonou-Abkommen den am wenigsten entwickelten Ländern (LDC) Alternativen zu EPAs anbietet, wird dies von der EU in der Praxis ignoriert. Sie will die ärmsten Länder der Welt zu Abkommen zwingen, die ihnen nicht nützen. Die EU-Kommission übt erheblichen Druck auf die AKP-Länder aus, damit sie in ihre Verhandlungsvorschläge einwilligen. Die Konsequenz für die AKP-Länder wird aber nicht Entwicklung sein, sondern Verarmung.

Man frage einmal Näherinnen in Kapstadt oder Hühnerzüchter in Kamerun, was ihnen Handelsliberalisierung gebracht hat. Die Antwort ist: sie sind ärmer geworden. Anderen Analysen zufolge führen EPAs zu sinkenden staatlichen Einnahmen. Ein Land wie Äthiopien etwa könnte mehr als 10% seiner Staatseinnahmen verlieren – was ungefähr den Ausgaben für Bildung entspricht. Was heißt das für die Bildungsaussichten von Mädchen, die die Industrieländer im Rahmen der Millenniumsentwicklungsziele verbessern wollen?

Dabei geht es bei EPAs doch nicht um neue Märkte für europäische beziehungsweise deutsche Unternehmen, sondern um Entwicklung. Für die Menschen in Afrika muss Entwicklung ein

ganzheitlicher Prozess sein. Es muss um die Menschen gehen, um ihre Lebensbedingungen in einer gesunden Umwelt und um ihre sozialen und kulturellen Menschenrechte, kurz gesagt: um ein besseres Leben für die Armen. Es geht in erster Linie um Dinge wie ausreichende und ausgewogene Ernährung, um sauberes Trinkwasser und Medikamente – und nicht um Handel.

Wenn wir bei EPAs über Entwicklung reden, über welche Entwicklung sprechen wir dann, über die afrikanische oder die europäische?

Malcolm Damon arbeitet für FOCCISA, einem Netzwerk von elf nationalen Kirchenräten im südlichen Afrika

Kleinbauern im Abseits?

Die Ernährungssicherung in Afrika steht auf dem Spiel. Insbesondere Kleinbauernfamilien werden zu den Leidtragenden von EPAs gehören. Ihre Lebensgrundlagen sind abhängig von Entscheidungen in Brüssel, Berlin und anderen europäischen Hauptstädten.

Gleichzeitig haben gerade Kleinbauern kaum eine Chance, ihre Anliegen hier zu vertreten. Das muss sich ändern. Deshalb stehen Germanwatch und FIAN in Kontakt mit Bauernorganisationen in Sambia, Ghana und Uganda. Zusammen mit anderen europäischen NGOs wollen wir die Stimmen der Betroffenen nach Europa bringen.

Weitere Informationen: www.germanwatch.org

Kerstin Lanje, Germanwatch

Es gibt alternative Fahrtrouten!

Wir fordern im Sinne des Artikels 37.6 des Cotonou-Abkommens, dass die EU den AKP-Staaten äquivalente Alternativen einräumt, welche den Entwicklungsnotwendigkeiten dieser Länder besser gerecht werden als EPAs.

Dieter Simon, Koordination Südliches Afrika (KOSA)

Die StopEPA-Kampagne wird in Deutschland von mehr als 100 entwicklungspolitischen NRO, Initiativen und Einzelpersonen getragen. Dem engeren Koordinationskreis gehören Germanwatch, KASA, KOSA, Oxfam, NAD und WEED an.

Weitere Informationen: www.stopepa.de

Impressum

Herausgeber:

Brot für die Welt
www.brot-fuer-die-welt.de
www.brot-fuer-die-welt.de

Peed
Evangelischer Entwicklungsdienst
www.eed.de

GERMANWATCH
www.germanwatch.org

KASA
www.kasa.woek.de

KOSA
Koordination Südliches Afrika
www.kosa.org

NAD
Netzwerk Afrika Deutschland
www.netzwerk-afrika-deutschland.de

Oxfam
Deutschland
www.oxfam.de

terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not
www.tdh.de

weed
www.weed-online.org

EPA 07 Anlässlich der deutschen EU-Ratspräsidentschaft haben sich über 200 europäische Organisationen zu dem formlosen Bündnis EPA2007 zusammengeschlossen, um ungerechte Handelsabkommen zwischen der EU und 79 Entwicklungsländern in Afrika, der Karibik und dem Pazifik (AKP) zu stoppen.

Redaktion:
Michael Frein (V.i.S.d.P.), Corinna Heineke, Ruth Irlen, Sabine Purgander, Klaus Schilder
Ulrich-von-Hassell-Str. 76
53123 Bonn
ruth.irlen@eed.de
Tel.: 0228-8101-0
Fax: 0228-8101-150

Gestaltung:
www.pinger-edon.de

Fotografien:
Seite 1 und 2: Francisco Mari
Seite 3, Markt: Jürgen Reichel
Seite 3, Porträt: Marc Baxmann
Seite 4: Peter Lahann

Wir bedanken uns bei den Autorinnen und Autoren für ihre Beiträge.
März 2007